

An den
Landesbetrieb Straßenbau und
Verkehr Schleswig-Holstein
Anhörungsbehörde
Mercatorstraße 9

24106 Kiel

Absender in Druckbuchstaben
(Vorname, Nachname, Anschrift):

Datum:

Frist: 03. Juli 2014

Planfeststellung nach dem Allgemeinen Eisenbahngesetz (AEG) für die Errichtung einer festen Fehmarnbeltquerung (FBQ) als Tunnelbauwerk zwischen Puttgarden und Rødby, deutscher Vorhabenabschnitt

Ich bin/Wir sind Eigentümer/Mieter/Pächter des Grundstücks (ggf. Gemarkung, Flur, Flurstück) mit der Anschrift

x

und nutze/n dieses (zu Wohnzwecken, als Ferienwohnung, für die Land- oder Forstwirtschaft, gewerblich etc.)

Zu dem obigen Plan erhebe ich/erheben wir

E i n w e n d u n g e n

und bitte/bitten Sie, mir/uns rechtzeitig vor der Anhörung die Stellungnahme der Vorhabenträger Femern A/S (für die Eisenbahnfachplanung) und LBV-SH, Niederlassung Lübeck (für die Bundesfernstraßenfachplanung) zu diesem Schreiben zu überlassen.

1.

Es fehlt eine schlüssige Gesamtplanung. Die feste Fehmarnbeltquerung (FBQ, Tunnelbauwerk) ist der unselbstständige Teil des Projekts „Eisenbahnachse Fehmarnbelt“ mit zahlreichen Folgewirkungen auf die geplanten Hinterlandverbindungen (Schiene und auch Straße). Es wird beanstandet, dass die Folgewirkungen des Tunnelbauwerks, und zwar insbesondere die verursachten schienengebundenen Güterverkehre auf die geplante Schienenhinterlandanbindung sowie auch die straßenverkehrlichen Auswirkungen auf die B 207/E 47 nicht betrachtet wurden. Dazu gehören auch die zusätzlichen verkehrlichen Belastungen der Fehmarnsundbrücke.

2.

Während der etwa 6,5 Jahre andauernden Bauphase sind erhebliche Lärm- und Erschütterungsimmissionen zu erwarten.

Auch Beeinträchtigungen aufgrund des baustellenbedingten Zusatzverkehrs (etwa 200 Lkw am Tag) werden beanstandet.

Zudem sind Beeinträchtigungen der Wasserqualität der Ostsee, der Meeresfauna und -flora, der Küstenmorphologie und durch Sedimentverlagerungen zu beanstanden.

3.

Durch die Folgewirkungen des Tunnelbauwerks, und zwar insbesondere die verursachten schienengebundenen Güterverkehre auf die geplante Schienenhinterlandanbindung sowie auch die straßenverkehrlichen Auswirkungen auf der A1 befürchte ich folgende Beeinträchtigungen:

(Textbausteine)

Mit Hinweis auf die dargelegten Gründe behalte/n ich/wir mir vor, im weiteren Verfahren mit allen zur Verfügung stehenden juristischen Mitteln gegen dieses unverantwortliche Projekt vorzugehen.

Ich beziehe mich/Wir beziehen uns dabei weiter auf die gesonderten Einwendungen der Rechtsanwälte Günther und der Gemeinde Scharbeutz.

.....
(Unterschrift)

.....
(Unterschrift)